IMMAC
... leading in social investments

Datum:	03. Juli 2011
Medium:	DiePresse.com
Thema:	Pflegende Angehörige besser absichern

Vorschlag: Pflegende Angehörige besser absichern

03.07.2011 | 18:28 | REGINA PÖLL (Die Presse)

In 20 Jahren drohe eine "Pflegelücke" in den Familien, warnen Fachleute. Die Politik solle das Beste aus dem geplanten Pflegefonds zu machen und mit mehr mobilen Diensten gegensteuern.

Wien. Rund 540.000 Pflegebedürftige in Österreich, 420.000 davon Pflegegeld-Bezieher. 60.000 Menschen in stationärer Pflege, hingegen rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden – 130.000 von mobilen Diensten, 230.000 aber ausschließlich von Angehörigen, vor allem von Frauen: Für Wissenschaftler der Wirtschaftsuniversität Wien sind solche Zahlen von Caritas und weiteren sozialen Einrichtungen Grund genug, um das Thema „Pflege durch Angehörige" in eigenen, bald abgeschlossenen Studien in den Mittelpunkt zu stellen– und um bereits Empfehlungen an Politik und Wirtschaft zu geben.

Denn aktuell seien die meisten pflegenden Angehörigen zwischen Mitte 40 und Mitte 60; ihnen – und vor allem dem Nachwuchs – müssten bessere Bedingungen geboten werden, sonst drohe in rund 20 Jahren eine „Pflegelücke". WU-Wien-Studienautorin Barbara Haas drängt im „Presse"-Gespräch anlässlich eines Expertenworkshops der Vorwoche vor allem auf folgende Maßnahmen:

Sach- statt Geldleistungen: So wie viele andere Länder sollte Österreich in der Pflege stärker auf Sach- statt auf Geldleistungen setzen, vor allem mobile Dienstleistungen sollten noch stärker vom Staat angeboten werden. Sachleistungen wären auch sozial gerechter, sagt Haas. Denn höher Gebildete und Reiche könnten sich eher Pflegehilfe von außen leisten, andere würden eher ihren eigenen Beruf aufgeben (müssen), um Angehörige zu pflegen.

Case- und Care-Management: Nach dem Vorbild Schwedens oder Dänemarks sollten in Österreich eigene „Assessment-Stellen" eingerichtet werden. Deren Mitarbeiter sollten „von Fall zu Fall sehr genau schauen, was die einzelne Person wirklich braucht"; der rechtliche Anspruch auf Pflege sollte intensiv geprüft werden.
Pflegegeld-Auszahlung – neu: Derzeit sei unklar, ob das Pflegegeld bei den Pflegebedürftigen und externen Betreuern bleibt oder ob Geld auch an pflegende Angehörige weitergeht. Falls doch, wäre „der Stundensatz sowieso niedrig", sagt Haas. Rund 16.000 Menschen befinden sich in Österreich zurzeit in 24-Stunden-Pflege, viele bei Profis. Ein großer Teil aller Pflegestunden wird aber in den Familien geleistet. Wie viele Stunden es genau sind, ist unbekannt.

Absicherung von Pflegenden: Angehörige, die Familienmitglieder pflegen, bräuchten nicht nur ein (noch nicht näher definiertes) ausgereiftes System, das sie finanziell absichert. Gerade in Österreich – vor allem auch auf dem Land – brauche es außerdem mehr „soziale und kulturelle Unterstützung, wenn man nicht alles allein macht, sondern sich Hilfe von außen holt".

Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Auch familienfreundliche Betriebe würden sich noch zu wenig um Mitarbeiter kümmern, die zu Hause jemanden pflegen. Dabei tun das gemäß der „European Working Conditions Survey“ des Jahres 2007 sieben Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich. Umgekehrt haben 40 Prozent all jener, die einen Pflegebedürftigen oder auch Kinder betreuen, auch einen „Brotberuf“. Eine solche Arbeit neben der Pflege bringe Zufriedenheit und Bindung an den Arbeitgeber, weiß WU-Wien-Professorin Ulrike Schneider nach einer Pflegestudie 2008.

Hoffen auf Pflegefonds

Im Herbst wollen die WU-Wien-Fachleute ihre jüngsten Erkenntnisse der Politik präsentieren. Noch davor drängen sie aber darauf, das Beste aus dem geplanten Pflegefonds zu machen. Dieser soll nach dem Willen von SPÖ und ÖVP die Zusatzkosten der Länder und Gemeinden für die Pflege bis 2014 abdecken.

Kommt der Fonds, dann sollten die Länder verpflichtet werden, aktuelle Daten zu liefern, wie viel und welche Pflege bei ihnen gewährt wird, sagt Haas. Denn in Österreich sei die Datenlage besonders schlecht.